

Beschäftigung

Verdoppelte Strafen

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will die Strafzahlungen für Unternehmen verdoppeln, wenn sie nicht genügend Schwerbehinderte beschäftigen. Die sogenannte Ausgleichsabgabe soll von derzeit durchschnittlich rund 2000 Euro je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz auf rund 4000 Euro pro Jahr steigen. Für den Fall, dass die Unternehmen ihr Verhalten nicht ändern, stiege das Aufkommen aus der Abgabe von derzeit rund 500 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro. Mit dem Vorstoß will Schäuble die Beschäftigungschancen behinderter Menschen erhöhen. Bislang kaufen sich viele Unternehmen davon frei, eine bestimmte Zahl Behinderter anzustellen. Wenn die Strafzahlung teurer ausfalle, steige unter Umständen die Bereitschaft, Behinderten eine Chance zu geben, so das Kalkül. Das Finanzministerium hat das zuständige Bundesarbeitsministerium (BMAS) von Ressortchefin Andrea Nahles (SPD) bereits von dem Vorhaben unterrichtet. Das BMAS reagierte reserviert, eine Bewertung steht aber noch aus. Nach dem Ärger um den Mindestlohn wollen die Beamten das Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden nicht weiter belasten. cos, rei

Giftstoffe

Zahl der Asbest-Toten weiter hoch

Obwohl Asbest seit 1992 nicht mehr verbaut werden darf, sind die Auswirkungen des krebserregenden Stoffes bis heute zu spüren. Die Zahl der Menschen, die an den Folgen von berufsbedingtem Asbest-Kontakt sterben, ist weiterhin hoch. 2010 waren es 1293 Menschen, im Jahr 2013 sogar 1452. Das geht aus der Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf eine Anfrage der Grünen hervor. Völlig unklar ist dagegen, wie hoch die Belastung bei Renovierungsarbeiten noch immer ist, etwa für Bauarbeiter.

ter. Nach ersten Schätzungen des Ministeriums wurden in bis zu 30 Prozent aller vor 1993 errichteten Gebäude asbesthaltige Baustoffe verwendet. Der Stoff wurde damals häufig als Zusatz bei Dichtungen, Klebern, Ausgleichsmassen und Beschichtungen benutzt. „Am Beispiel Asbest sieht man, wie teuer es wird, wenn man das Vorsorgeprinzip nicht anwendet“, sagt Bärbel Höhn (Grüne), Vorsitzende des Umweltausschusses. In den USA, mit denen die Europäische Union im Rahmen von Freihandelsverhandlungen eine Angleichung von Standards anstrebt, ist Asbest bis heute nicht verboten. sam

Entfernung asbesthaltiger Platten



Exporte

„Potenzial von zehn Milliarden Euro“

Wolfgang Büchele, 55, Chef des Gaseherstellers Linde und Vorsitzender der Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft, über die Zukunftsaussichten auf dem iranischen Markt

SPIEGEL: Nach dem Atomabkommen hoffen deutsche Firmen auf Milliardenumsätze. Welche Branchen könnten besonders profitieren?

Büchele: Iran verfügt über riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen. In diesem Bereich sehe ich deshalb den höchsten Investitionsbedarf. Davon könnten vor allem die deutschen Anlagen- und Maschinenbauer profitieren. Großes Potenzial besteht auch in der Modernisierung vorhandener Anlagen zur Förderung und Verarbeitung der Rohstoffe und im Infrastruktursektor. In einer späteren Phase eröffnen sich dann gute Chancen für deutsche Hersteller von Konsumgütern. Mittelfristig sehe ich ein Potenzial von zehn Milliarden Euro für die deutsche Wirtschaft.

SPIEGEL: Was erwarten Sie von den Banken?

Büchele: Wir reden in Iran über einen Investitionsbedarf im hohen zweistelligen Milliardenbereich. Westliche Unternehmen benötigen verlässliche Finanzierungsbedingun-

gen, das heißt, auch westliche Banken müssen sich wieder verstärkt in der Exportfinanzierung engagieren. Und: Bei bereits begonnenen Projekten muss es einen Bestandschutz geben, falls Iran gegen Auflagen verstößt und die Sanktionen zurückkehren.

SPIEGEL: Haben Sie überhaupt noch Kontakte, an die Sie anknüpfen können?

Büchele: Linde war jahrzehntelang ein wichtiger Handelspartner für eine Vielzahl iranischer Unternehmen und hat vor Ort große Projekte realisiert. Nachdem wir dort sämtliche Aktivitäten stoppen mussten, haben wir den Gesprächsfaden nie abreißen lassen, uns dabei aber immer an alle politischen Vorgaben gehalten. Jetzt hoffen wir auf eine schnelle Wiederbelebung alter Beziehungen.

SPIEGEL: Der US-Kongress muss dem Deal ja noch zustimmen ...

Büchele: Natürlich hoffen wir auf eine zeitnahe und erfolgreiche Prüfung des Abkommens durch den US-Kongress. Dann könnten die Sanktionen 2016 Zug um Zug aufgehoben werden. Wichtig ist, dass für alle Länder dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen gelten und diese auch in Deutschland schnell umgesetzt werden. Verzögerungen würden zu einem Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft führen, das können wir uns nicht leisten. did